

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abzugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Gutenbergstraße 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13 333, Emil Schlegel-Straße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen / In allen größeren Buchhandlungen, Buchbinderen der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Bekanntmachung außerhalb der dreizehnpennigen Zeitungszeit 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Gutenbergstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen / In allen größeren Buchhandlungen, Buchbinderen der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 14. April 1926 Nummer 86

Rußland und Völkerbund

Gegen die Heuchelei der Imperialisten - Eine Note Tschischerins

Berlin, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Tschischerin hat an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Note gerichtet, die den Inhalt, daß die Sowjetregierung es ablehnen muß, an der Abrüstungskonferenz in Genf teilzunehmen. Tschischerin verweist auf die bekannte Haltung der Schweizer Bundesregierung, die zwar verspricht, daß die russischen Delegierten dieselben Rechte und Befreiungen genießen werden, wie die anderen Delegierten, es aber nicht für nötig gefunden hat, den Nord an Weisheit ausreißend zu führen. Die Versprechungen, die von der Schweizer Bundesregierung der russischen Delegation gemacht worden, sind auch 1922 zugestanden worden und im übrigen eine Selbstverständlichkeit. Tschischerin erklärt dem, daß die Wahl Genfs als Tagungsort vermuten lasse, daß der Völkerbundrat von Anfang an sich bewußt das Ziel gestellt habe, die Beteiligung der Sowjetunion an der Abrüstungskonferenz zu verhindern, da schon seit langem bekannt ist, daß die Sowjetregierung an keiner Konferenz teilnehmen werde, die auf Schweizer Boden liegt. Tschischerin schreibt dann: "In der Voraussetzung, daß die Nichtbeteiligung der UdSSR an der Abrüstungskonferenz, die durch die Tatsache ihrer Abwesenheit an der Vorbereitungskommission gegeben wird, einen Vorwand für neue Escapades, nach den früheren Deklarationen dieser Staaten zu urteilen, bilden kann, um das Werk der allgemeinen Abrüstung oder der Rüstungsverminderung zu verweigern, mußte man zu der Schlussfolgerung kommen, daß der Völkerbund oder die, die ihn leiten, keinesfalls daran interessiert sind, daß die Konferenz zu positiven Ergebnissen kommt."

Mit anderen Worten, um den bereitwilligen Ausdruck einer lebendigen Persönlichkeit der europäischen Diplomatie zu verhindern. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird in Genf zusammenberufen, wenn sie überhaupt jemals zusammenberufen wird, um Vorschläge zu untersuchen, über die eine Verständigung weder erwünscht noch vorgezogen ist, und die mit dem einschlägigen Ziel formuliert sein werden, den Mißerfolg des Unternehmens zu sichern." (Tschischerin weist somit den Bericht des amerikanischen Vorkämpfers der Völkerbundpolitik in London, D. Webb.) Eines der Mittel, die gebraucht werden, um diesen Mißerfolg zu garantieren, ist eben der tatsächliche Ausschluß der UdSSR, von der Konferenz, die als erste während der Genue-Konferenz 1922 die Frage der allgemeinen Abrüstung in ihrem ganzen Umfang gestellt hat, die zur Unterzeichnung derselben Frage eine Konferenz der Randsstaaten zusammenberufen hat, wo sie langsam und vollständig zu verwirklichende Vorschläge machte, und die dann spontan ihren Widerstand bis zur niedrigstmöglichen Zahl reduzierte hat, die für die UdSSR angebracht der Betätigung der anderen Staaten ihre Rüstungen zu beschränken, annehmbar war...

Die Sowjetregierung wird mit dem größten Interesse und in der Absicht dazu in breitem Maße beizutragen, den Tag erwarten, an dem eine Initiative von einer für diesen Zweck speziell gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intelligenz von Genf fremd ist und die bessere Garantien des Erfolges nicht bieten können als der Völkerbund. Ich erlaube mir zum Schluß die Hoffnung auszudrücken, daß der Völkerbund sich in Zukunft bemühen wird, die Sowjetregierung zu Konferenzen nur in den Fällen einzuladen, wo die Leiter des Völkerbundes auch tatsächlich wünschen, daß sie sich daran beteiligt.

"Vorwärts"-Hege gegen Sowjetrußland

Der "Vorwärts" berichtet in einem Artikel "Russische Kampfkraft" heute morgen mit seinem antihistorischen Animateur alle kapitalistischen Blätter. Er schreibt u. a.: "Die Note Tschischerins wiederholt lediglich die Gedanken, die schon am Montagabend vor der ausländischen Presse bekannt waren. Es ist indessen eigenartig, daß der Ton dieser offiziellen Note wendelicht noch aggressiver, ja beleidigender ist als eine mächtigen Ausführungen vor den ausländischen Journalisten. Wenn man ein diplomatisches Dokument mit solchen Absichten formuliert, so ist die Absicht der Beleidigung und Provokation unverkennbar." Der "Vorwärts" verhöhnt dann die Ablehnung der Sowjetregierung, in der Schweiz an einer solchen Konferenz teilzunehmen, und reißt eine Anzahl Schimpfereien an.

Die Sozialdemokraten stützen eben die hülserlichen Partien mit allen Mitteln. Obgleich nach der Haltung Amerikas, nach dem Ausgang der Konferenz in Genf die betriebsliche und heuchlerische Wacht ganz klar ist, geht das Zentralorgan der Sozialdemokraten nur gegen Rußland.

Schweizer Hege gegen Rußland

In der Note Tschischerins an den Völkerbund schreibt die "Sozialistische Nationalzeitung".

"Der Streik mit der Schweiz bildet für Sowjetrußland nur den bequemsten Vorwand, seine Rüstungen nicht von einem internationalen Gerichtshof untersuchen zu lassen und um sich jeder Kontrolle seiner inneren Verhältnisse zu entziehen. Das Tschischerin die erneute Zusage der Schweiz für die Sicherheit der Sowjetdelegationen nicht berücksichtigt, ist ein Beweis für seine zweideutige Haltung. Die Abrüstungskonferenz selbst wird durch den russischen Widerstand um einen großen Teil ihrer Bedeutung gebracht. Durch die Haltung der Sowjetregierung wird das Mißtrauen gegen Rußland nicht verringert, sondern wesentlich vergrößert."

Die Darstellung der Schweizer Zeitung erscheint dem Gipfel der Verlogenheit. Auf der ganzen Welt ist bekannt, daß Sowjetrußland den relativ geringsten Truppenkontingenzen besitzt. Die Sicherungen, die die Schweiz für den Vertreter Rußlands verspricht, waren auch für Brestowit versprochen. Der Mörder Brestowit wurde aber freigesprochen. Kein Staat würde sich eine derart unerschämte Brüstung gefallen lassen. Das Mißtrauen durch Sowjetrußland würde bedeuten, daß die Union ihre eigenen Vertreter für vogelfrei erklären würde.

Rußland gegen die französische Hege

Warschau, 13. April. (Telution.) Die Sowjetregierung hat ihren Pariser Gesandten Rakowski beauftragt, beim französischen Außenminister gegen die Tätigkeit Paul Boncompagni in Polen, besonders gegen dessen Warschauer Rede, zu protestieren.

Die "Völkische Zeitung" zur Note Tschischerins

Während der "Vorwärts" nur die wüste Hege gegen Sowjetrußland einschalt, nimmt die "Völkische Zeitung" eine andere Haltung ein. Sie anerkennt wenigstens teilweise die Berechtigung der Antwortsnote und findet sie absolut nicht beleidigend. Sie schreibt: "Man hat es in Genf dem Außenminister der Sowjetunion sehr leicht gemacht, eine Antwort zu finden, die an festlichen Sarkasmus kaum übertrieben werden kann. Hier spricht der Vertreter eines großen Staates, dessen Struktur im bewussten Gegensatz zu der staatlichen Grundlage der jenseits europäischen und außer-europäischen Staaten steht, die als Vertreter der demokratischen Prinzipien in ihren eigenen Ländern dieses Prinzip im Völkerbund anerkannt und angewendet sehen wollen. Und was er anspricht, wird gerade in diesen Ländern deshalb mit Bedauern gehört werden, weil der Schein der Berechtigung seines Standpunktes kaum abzulegen ist. Gerade die tätigen Vorkämpfer für den echten Völkerbundgedanken, die Völkerbundigen in allen Ländern, haben durch Resolutionen in den letzten Tagen ihre Bedauern und ihre Enttäuschung über die Formlosigkeit auf der letzten Generalkonferenz ausgesprochen, kaum weniger schärft, als es Tschischerin getan."

Auch der Schein gegenüber der Aufständigkeit des Nachrüstungswillens wird man sich im nicht-sozialistischen Europa den Rekord in Rußlandshege halten eben immer die Sozialdemokraten.

Deutschland und Völkerbund

Berlin, 14. April. Das Reichsstadtrat hat, wie der "Tag" erzählt, am Montag auch die Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen der Studienkommission des Völkerbundesrat beschlossen und den Wortlaut einer Note festgelegt, die wahrscheinlich am Donnerstag in Genf durch den deutschen Generalkonsul überreicht werden wird. Der Wortlaut der Note ist dem Reichsminister nach Decaux überreicht worden, der sie unterzeichnet hat und nach Genf weiterreisen werde. Die deutsche Regierung teilt in der Note mit, daß ein Vertreter Deutschlands an den Verhandlungen der Kommission teilnehmen werde. Hingewiesen sei, daß die deutsche Regierung die Aufgabe der Kommission nur in einem Stadium der Frage einer Erweiterung des Völkerbundesrat, der Wahlmethoden, und der Weisung des Wechsels der nichtständigen Mitglieder sehe. Nachdem in der Note betont, daß für die deutsche Regierung außerdem sei in der Absicht, daß für die Völkerbundswahrdaten der Grundlag der Universalität des Völkerbundes maßgebend sein werde. Die Personenfrage bei der Reichsbildung der Studienkommission sei vorläufig noch nicht entschieden. Der Morgenblätter werden Ministerialdirektor Gauß oder Herr von Bülow als Vertreter Deutschlands genannt.

Gewerkschaftssolidarität

Die Internationale Transportarbeitergewerkschaft legt den britischen Bergarbeitern ihre Unterstützung zu. London, 14. April. (Telution.) Der Sekretär der englischen Arbeitergewerkschaften Cool teilte heute mit, daß die Bergarbeiter ein Brief von der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft erhalten habe, in dem ihnen alles Mögliche zu tun versprochen wird, um die britischen Bergarbeiter im Falle eines offenen Konfliktes zu unterstützen.

Kampf dem Mietwucher

Ein Geselentwurf gegen Mietwucher und Wohnungsnot.
Von Emil Höllein, R. d. R.

Ein Geselentwurf zur Verhinderung des Mietwuchers und zur Beseitigung der Wohnungsnot war am 31. Januar 1926 in einer im Reichstag zusammengesetzten Reichskonferenz mit der Vertreter einer größeren Anzahl von an den Wohnungs- und Mietfragen interessierten Organisationen und Verbänden teilnehmenden, Gegenstand einer eingehenden sachlichen Besprechung. In dieser Reichskonferenz fanden die Grundgebanten und Grundziele dieses Geselentwurfes, vorbehaltlich ihrer endgültigen späteren Formulierung, einstimmige Zustimmung. Gleichzeitig wurde aus Vertretern aller an der Beratung beteiligten Organisationen ein Reichsausschuß eingesetzt, der die technische Vervollständigung des Geselentwurfes vorzunehmen und die Vervollständigung der Aktionsbasis zu seiner Durchsetzung auf dem Wege des Volkstums herbeiführen soll. Der Geselentwurf verfolgt zwei Hauptziele:

1. die Verhinderung des Mietwuchers durch die zwingende Forderung, daß für die nächsten fünfzehn wahren Kalenderjahre die Mieten sowohl für Wohnhäuser als für gewerblich benutzte Räume 55 Prozent vom Hundert der Friedensmiete nicht übersteigen dürfen;
2. die Beseitigung der Wohnungsnot, die erreicht werden soll durch die bei völliger Aufwertungsrechtliger Gleichstellung des Eigenkapitals mit dem Hypothekentapital zwangsweise zumachenden Inflationsgewinne für die Zwecke des Wohnungsbaues durch Eintragung einer Reichssicherheitshypothek auf alle bebauten Grundstücke über eine bestimmte Wertgrenze hinaus.

Wie stellen sich nun die Zahlungsgrundlagen dieser zwei Hauptziele?
Die Friedensmiete aller bebauten Grundstücke betrug 1914 insgesamt 1000 Millionen Mark, davon mußten mindestens 75 Prozent gleich 750 Millionen Mark für Vergütung des Eigenkapital und Hypothekentapital verwendet werden. Es blieben somit nur 25 Prozent gleich 250 Millionen Mark zur Behebung der Kosten für die Instandhaltung, den Betrieb und die Verwaltung der Grundstücke. Nach amtlichen Berechnungen, die für den Hausbau überaus wohlwollend sind, wurden diese 25 Prozent der Friedensmiete im einzelnen verwendet:

für Instandhaltung	8,0 Proz.
für Instandhaltung	10,5 Proz.
für Verwaltung	6,5 Proz.

Nach dem Geselentwurf soll, wie bereits erwähnt, die Miete allgemein 55 Prozent der Friedensmiete betragen. Das würde für den gesamten Nachkriegsgrundbau eine Jahresmiete von rund 4250 Millionen Mark ausmachen. Davon müssen zunächst nach § 2 des Geselentwurfes 20 Prozent gleich 850 Millionen unter Kontrolle und Mitbestimmung der Mietervereinigungen für die Instandhaltung der Wohnungen und Hausgrundstücke Verwendung finden. Da diese Bestimmungen der Reichskonferenz auf 55 Prozent und der Abschwächung von 20 Prozent der Mietsinnahmen für Instandhaltungszwecke auch für alle Wohnungen und Grundstücke gelten sollen, die seit dem 1. Juli 1918 neuerrichtet worden sind, würde sich dieser Betrag mit 850 Millionen Mark bei Inkrafttreten des Gesetzes von vornherein um weitere 40 bis 45 Millionen Mark erhöhen. Es würden somit schon im ersten Jahr der Geltungsbau der Grundstücke und Wohnungen ausgegeben werden müssen.

Für die Vergütung des auf 25 vom Hundert des Wertes abgewerteten Eigenkapital und Hypothekentapital und der auf alle bebauten Grundstücke einzutragenden Reichssicherheitshypotheken, die sämtlich gleichmäßig mit 5 Prozent verzinst werden sollen, wären für den gesamten Grundbau, der 1914 vorhanden war, insgesamt 60 Prozent der Friedensmiete gleich 600 Millionen Mark frei für die Behebung der Betriebs- und Vermögensteuern, die, wie wir gesehen haben, noch einer überaus wohlwollenden amtlichen Berechnung 1914 im Höchstfälle 14 Prozent der Miete betragen haben.

Daraus ergibt sich, daß die auf 55 Prozent der Friedensmiete festgelegte gesetzliche Miete vollkommen ausreichen würde, um

1. die sofortige dreiprozentige Vergütung des abgewerteten Eigenkapital (für 1923 und 1924 nach dem Aufwertungsgehalt nur 2 Prozent gezahlt werden) und der Reichssicherheitshypotheken abzuschließen;
2. die rasche, gründliche und dauernde Instandhaltung aller Grundstücke und Wohnungen unter allen Umständen zu gewährleisten;
3. die mit dem Grundstücksrecht verbundenen Betriebs- und Verwaltungskosten (Haussteuer, öffentliche Abgaben, Verwaltungsgebühren, Verwaltungsstellen und ähnliche Ausgaben, von § 1 des Reichsmietengesetzes) vollständig zu decken, was insbesondere auch bedeuten würde, daß der Grundbesitz mindestens dieselben Realsteuerverhältnisse wie im Jahre 1914 tragen könnte.

Was nun die Finanzierung des Wohnungsbaues anbelangt, durch den allein die herrschende unerschütterliche Wohnungsnot wirksam beseitigt und schließlich beseitigt werden kann, so stellt sich die Zahlungsgrundlage des Geselentwurfes wie folgt: Der Marktwert aller bebauten städtischen Grundstücke wird auf mindestens 80 Milliarden Mark geschätzt. Andere

SLUB Wir führen Wissen.